



not rejection — as reflected in international human rights law that calls for customary and traditional practices that violate human rights to develop in order to remove discriminatory elements. As the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women stipulates, states should “modify” the social and cultural patterns of conduct of men and women to eliminate “prejudices and customary and all other practices which are based on the idea of the inferiority or the superiority of either of the sexes or on stereotyped roles for men and women.”

“Culture changes with time,” Botswana’s High Court stated in its October 2012 ruling in favor of the four sisters battling for their family home in the face of

customary law. And that is precisely the point. Culture does change with time.

Evoking a static and vague concept of “tradition” not only fails to account for these shifts, it fossilizes society. The risk is that instead of advancing human rights and basic freedoms, the HRC resolution and its call for a “better understanding of traditional values” could be used as an excuse to bury rights under a mound of cultural relativism — threatening to roll back women’s rights and exclude LGBT people from a human rights framework in the process.

From: Human Rights Watch, World Report 2013 (New York: Human Rights Watch, 2013), reprinted with the friendly permission of Human Rights Watch.

Esther Keimer/Souhaib Khayati

L’engagement suisse en Afrique du Nord et en Tunisie

Die Domäne „demokratische Transition und Menschenrechte“ umfasst jene Projekte, welche den Transitionsprozess in Tunesien auf der politischen Ebene unterstützen. Zwei Jahr nach der Revolution von 2011 befindet sich Tunesien heute in einer schwierigen politischen Situation:

Der Druck auf die verfassungsgebende Versammlung, möglichst rasch eine breit akzeptierte Verfassung zu verabschieden, ist gross. Auch die Regierung steht vor der enormen Herausforderung, rasch auf die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Bevölkerung zu reagieren. Die Schweiz begleitet und unterstützt die politischen Akteure in den verschiedenen Phasen des laufenden Transitionsprozesses. Dabei gehören sowohl die Regierung und die verfassungsgebenden Versammlung, als auch die Zivilgesellschaft und die Medien zu den Partnern der Schweiz. Die Initiativen der Schweiz

Les auteurs des différentes parties sont: Partie en allemand sur l’engagement suisse dans le domaine 1: Mme Esther Keimer, cheffe du Domaine 1, Transition démocratique et droits humains auprès de la Division de la Coopération Internationale de l’Ambassade de Suisse à Tunis. Partie en français sur les média en Tunisie: M. Souhaib Khayati, chargé du Programme National en charge du Domaine 1, auprès de la Division de la Coopération Internationale de l’Ambassade de Suisse à Tunis.

konzentrieren sich auf die Schwerpunktbereiche (I) Verfassungs- und Wahlprozess; (II) Schutz und Förderung der Menschenrechte; (III) Medien; (IV) Rückgabe der Potentatengelder; (V) Vergangenheitsbewältigung; (VI) Sicherheitssektorreform. Folgende drei

Prinzipien prägen die Arbeit der Schweiz in all diesen Bereichen:

1. Förderung des Dialogs

Nach jahrzehntelanger Unterdrückung jeglicher Opposition und Einschränkung der freien Meinungsäusserung beteiligen sich die politischen Parteien und die Akteure der Zivilgesellschaft heute mit viel Engagement an politischen Debatten. In einer Gesellschaft mit grossen Gegensätzen zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, zwischen konservativ-religiösen und progres-



siv-säkularen Akteuren, zwischen jungen und älteren Menschen, ist der konstruktive Dialog jedoch nicht selbstverständlich. Um stabile demokratische Strukturen aufzubauen braucht es aber einen offenen und transparenten Dialog und die Einbindung aller Akteure – insbesondere auch der kritischen Stimmen. Die Schweiz ist bemüht, diesen Dialog zwischen den politischen Akteuren zu fördern.

Ein von der Schweiz unterstütztes Projekt im Bereich Vergangenheitsbewältigung, umgesetzt durch *Avocats Sans Frontières* (ASF), ist hierfür ein gutes Beispiel: In diesem Projekt werden acht lokale Menschenrechts- und Opferorganisationen in der Archivierung und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen ausgebildet. Dies mit dem Ziel, dass die Organisationen sich vermehrt in den Prozess der Vergangenheitsbewältigung Tunesiens einbringen können, auf der Grundlage ihrer Dokumentationen zu begangenen Verbrechen des ehemaligen Regimes.

Bei den involvierten lokalen Organisationen handelt es sich einerseits um traditionelle säkulare Menschenrechtsorganisationen, andererseits um religiös geprägte Opferorganisationen. Hier einen gemeinsamen Nenner zu finden, schien zu Beginn des Projektes unmöglich. Durch die Zusammenarbeit am gemeinsamen Ziel – eine stärkere Stimme für die Zivilgesellschaft im Prozess der Vergangenheitsbewältigung – konnten jedoch scheinbar unüberbrückbare Differenzen überwunden werden: als erstes Zwischenresultat liegt ein von den Organisationen gemeinsam verfasster Bericht vor, welcher konkrete Empfehlungen zum Prozess der Vergangenheitsbewältigung seitens der Zivilgesellschaft an die Regierung enthält.

2. Unterstützung von Reformprozessen

Die Revolution und die darauffolgenden Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 2011 markierten den Beginn eines längerfristigen Transitionsprozesses in Tunesien. Tiefgreifende Reformen auf allen Regierungsebenen stehen noch bevor. Auch werden neue demokratische Institutionen aufgebaut werden müssen – die bevorstehende Etablierung einer unabhängigen Wahlkommission ist nur ein Beispiel dafür.

Verschiedene von der Schweiz finanzierte Initiativen unterstützen diese Reformprozesse und den Aufbau von neuen demokratischen Institutionen, wie jene des

UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (UNHCHR) oder des *Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces* (DCAF). Ein konkretes Beispiel ist das Menschenrechtsprojekt der *Organisation Mondiale Contre la Torture* (OMCT), welches die Etablierung einer nationalen Kommission zur Prävention von Folter begleitet:

Mit der Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum UNO-Übereinkommen gegen Folter im Jahr 2011 hat sich Tunesien zur Etablierung eines solchen Präventionsmechanismus verpflichtet. OMCT steht den in der Ausarbeitung der entsprechenden Gesetzesgrundlage involvierten politischen Akteuren mit Expertise zur Seite. So werden internationale Expertinnen und Experten eingeladen, um anhand von Beispielen der Präventionsmechanismen von anderen Ländern die mögliche Form eines tunesischen Mechanismus zu diskutieren. Ausserdem wird mit einer Fotoausstellung zu Folteropfer eine breite Öffentlichkeit auf das Thema sensibilisiert und dazu angeregt, sich an der aktuellen Debatte um Folterprävention zu beteiligen.

3. Stärkung der Kapazitäten der tunesischen Akteure

Das autoritäre Regime hat seine Spuren in den staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen hinterlassen. Diesen mangelt es heute an Erfahrung und Expertise im Umgang mit demokratischen Strukturen. Die Schweiz unterstützt hier verschiedene Initiativen welche die Stärkung solcher institutionellen Kapazitäten der tunesischen Akteure zum Ziel haben.

Mit einem Projekt von *Fondation Hirondelle* wird zum Beispiel der Umbau von staatlichen Regionalsendern in professionelle öffentliche Informationskanäle finanziert. Dabei werden die Kapazitäten des staatlichen Radios gestärkt, in Bezug auf investigativen Journalismus, interaktive Darstellung sowie den Umgang mit unterschiedlichen Meinungen und Positionen.

Auch hat die Schweiz 2011 die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung auf Anfrage von Tunesien intensiv begleitet: durch technische und finanzielle Stärkung der Kapazitäten der Wahlbehörden, sowie durch die Unterstützung von unabhängigen Wahlbeobachtungsmissionen auf nationaler und internationaler Ebene. Hier stützt sich die Schweiz auf eine breite Palette von Partnerinstitutionen wie zum Beispiel das UN-Entwicklungsprogramm



(UNDP), *International Foundation for Electoral Systems* (IFES) oder *Democracy Reporting International* (DRI). Die Stärkung der Kapazitäten im Bereich Wahlen bleibt eine Priorität der Schweiz – stehen doch die nächsten Wahlen bereits in Kürze wieder an.

Nicht zuletzt engagiert sich die Schweiz auch in der Stärkung der Organisationen der Zivilgesellschaft. Mit einem speziellen Fonds zur Finanzierung von Kleinprojekten werden lokale Organisationen ermutigt, eigene

Initiativen umzusetzen. Die lokalen Organisationen, welche teilweise erst nach der Revolution 2011 gegründet wurden und oft nur schwache institutionelle Strukturen aufweisen, werden ausserdem mit begleitenden Massnahmen unterstützt. So können sie von Weiterbildungen in den Bereichen Management oder Finanzadministration profitieren. Auf Wunsch erhalten sie auch ein direktes Coaching in ganz spezifischen Fragen, wie zum Beispiel bei der Ausarbeitung eines Projektbudgets.

Depuis les bouleversements dans les pays de l'Afrique du nord et la chute des régimes autoritaires à Tunis, au Caire et en Libye au début de 2011, la condition et la conscience des populations habitant la région a radicalement changé. Les nouvelles forces politiques en place se trouvent faire face à des énormes défis, comme maîtriser les problèmes sociaux et rétablir des institutions politiques afin qu'elles soient en mesure d'engager les réformes nécessaires pour une gouvernance équitable et rééquilibrer les dynamiques subrégionales de distribution de la richesse.

La Suisse décide de réagir rapidement en soutien de ces populations. Très attachée à l'équilibre démocratique de cette région pour des raisons relevant de ses politiques migratoire et de sécurité comme de ses intérêts économiques, la Suisse décide ainsi en mars 2011 d'accompagner et soutenir activement le processus de transition. En réponse à un besoin concret, elle élabore rapidement de nouvelles mesures de soutien et renforce les activités de cinq services fédéraux qui travaillent d'une manière complémentaire, cohérente et coordonnée ; notamment l'Office fédéral des migrations (ODM) du DFJP, le Secrétariat d'Etat à l'économie (Seco) du DFE, et la Direction politique (DP), la Direction du développement et de la coopération (DDC) et la Direction du droit international public (DDIP) du DFAE.

Au cours de la même année l'engagement Suisse en Afrique du Nord prend forme et se concentre sur les trois domaines clés suivants : (1) le soutien à la transition vers la démocratie et des droits humains, (2) le développement économique et la création d'emplois et (3) la migration et protection. Un document stratégique a été aussi formulé pour la période 2012-2016.

En Tunisie, la durée des processus mis en place par le gouvernement transitoire diffère des atteintes immédiates revendiquées par les populations parties prenantes aux bouleversements révolutionnaires. Cela provoque de pression politique, frustration et diminution de légitimation qui rendent encore plus difficile le processus de transition. Malgré ce contexte compliqué qui laisse beaucoup de scénarios encore ouverts, l'engagement suisse dans les trois domaines mentionnés reste pertinent et continue à répondre aux exigences des populations locales.



Les médias en Tunisie

Sous l'ère Ben Ali et jusqu'au soir du 13 janvier 2011, les médias classiques, étaient utilisés comme autant d'outils de propagande à la solde du régime, et mise à part 3 journaux de l'opposition, l'espace médiatique de la contestation était occupé par Internet (Facebook et les blogs) et les télévisions étrangères.

Suite à la chute du régime Ben Ali, et en l'espace de quelques jours, les médias ont graduellement pris conscience de leur liberté retrouvée, ont repris leur destin en mains et se sont ouverts aux principaux acteurs du paysage politique tunisien, qui étaient jusque là systématiquement censurés. La liberté d'expression fut l'acquis le plus immédiat de la révolution tunisienne, l'indépendance éditoriale et le rejet de la censure et de l'autocensure, viennent compléter le tout nouveau paysage médiatique tunisien. Toutefois, cette liberté recouverte a été à plusieurs reprises mise à l'épreuve, entre intimidations, atteintes à l'indépendance éditoriale et tentative de censure, le secteur des médias et les journalistes tunisiens, ont su s'attirer l'appui parmi les Tunisiens pour continuer de jouer leur véritable rôle de quatrième pilier de la démocratie naissante en Tunisie.

Deux années après la révolution et le lancement du processus de transition démocratique, les Tunisiens, toutes sensibilités politiques confondues, sont bien unanimes, les médias jouent un rôle essentiel dans le façonnage de l'opinion publique, au point d'agacer plus d'un parti politique. De la sorte, le principal défi pour les médias tunisiens demeure l'application effective du cadre normatif réglementant les médias. Certes, la HAI-CA, Haute autorité indépendante de la communication audiovisuelle, a été installée, et ce après de longues négociations, mais elle est pour l'instant inopérante faute d'autonomie financière. L'implication Suisse dans ce dossier se concrétise à travers la facilitation du groupe des bailleurs de fonds actifs dans ce domaine des médias et le plaidoyer politique menés auprès des autorités tunisiennes compétentes, pour l'application des standards internationaux en matière de liberté de la presse et régulation du domaine des médias.

Outre le cadre normatif, la professionnalisation des journalistes et la transformation des ex-«médias d'état» en «médias de service public», figurent parmi les défis majeurs auxquels les médias tunisiens font face. Dans ce contexte, les projets appuyés par la Suisse et ciblés sur

le renforcement des capacités de la Radio Tunisienne, prennent tout leur sens.

Ces projets ont permis à la Radio Tunisienne, qui avant la révolution se faisait l'écho de l'ancien régime, d'entamer sa mutation en un véritable média de service public. Durant une période assez délicate, lors de la couverture des élections de l'Assemblée Nationale Constituante (ANC) le 23 octobre 2011, la Radio Tunisienne a su faire valoir ses compétences en offrant un dispositif de couverture exceptionnel en déployant plus de 50 journalistes – qui ont été formés dans le cadre du projet – sur le terrain, et en assurant plus de 48 heures de direct. Elle a su rester au plus proche du débat public qui a animé la période préélectorale et celui qui a suivi le scrutin et ce maintenant sa neutralité fruit de sa propre charte électorale adoptée et respectée à l'unanimité. Elle a ainsi permis une véritable interaction entre les citoyens des différentes régions et les responsables politiques. La Radio Tunisienne continue de poursuivre ce même objectif, à travers un projet finalisé à la couverture des travaux de l'ANC et qui vise à stimuler le débat de la vie politique en dehors de l'hémicycle de l'Assemblée entre acteurs politiques dans toute sa diversité, puis entre la classe politique et la société civile et à favoriser une participation citoyenne active à ce débat.

L'appui suisse aux initiatives de participation citoyenne dans les médias et en particulier celles des femmes rurales, se manifeste également à travers le soutien apporté au projet de la Radio Voix des Mines à Gafsa, une ville longtemps marginalisée par le pouvoir en place. Le projet vise à former des femmes issues des zones les plus démunies de la région de Gafsa et amatrices de radio, pour leur permettre de produire une émission hebdomadaire traitant des occupations de cette catégorie sociale longtemps marginalisée.

En deux ans, les fondamentaux pour la transformation des médias tunisiens en des médias professionnels, libres, autonomes et impartiaux ont été partiellement posés. Fruits de la volonté des journalistes tunisiens de se libérer et qui a été secondée par un précieux soutien des initiatives de coopération internationales, ces acquis demeurent toutefois menacés par les soubresauts de la phase de transition démocratique que traverse la Tunisie. La voie vers la liberté de la presse en Tunisie est certes tracée mais il reste à la préserver et à la baliser.